



**Rede von
Guido van den Berg MdL**

zum Antrag:

**Neue Flächen für Wohnraum-,
Gewerbe- und Industrieentwicklung
im Rheinischen Revier ausweisen**

**Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4118**

am Mittwoch 14. November 2018

**im Landtag Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(Plenarprotokoll 17/39)**

www.guido-vandenberg.de

Präsident André Kuper: Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Kollegen van den Berg das Wort. Bitte schön.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute der dritte Block, bei dem wir über das Rheinische Revier sprechen. Herr Minister Pinkwart, Sie hatten vorhin keine Zwischenfrage zugelassen.

(**Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart** signalisiert Unverständnis.)

– Doch, ich hatte mich eingedrückt. Aber das ist kein Vorwurf. Ich wollte halt jetzt die Gelegenheit nutzen zu antworten, weil Sie mich schon zweimal angesprochen und gefragt hatten: Wie sieht es eigentlich mit Olaf Scholz und der Finanzierung aus?

Sie müssten mich eigentlich als jemanden kennen, der gerne für die Region wirbt und darauf achtet, dass jeder seine Hausaufgaben macht. Ich will daran erinnern, wenn ich das Papier Ihres Hauses sehe, haben Sie round about 5 bis 6 Milliarden angemeldet, wenn ich das richtig zusammengerechnet habe.

Die ostdeutschen Ministerpräsidenten Herr Haseloff, Herr Kretschmer und Herr Woidke haben in einer gemeinsamen Stellungnahme eine ganz andere Hausnummer aufgerufen: 50 bis 60 Milliarden. Vielleicht unterhalten wir uns darüber, wo der realistische Korridor liegt. Dann sind wir gerne werbend bereit. – So weit die Vorbemerkung.

Zum Antrag selber: Warum ist das Thema „Flächen“ aus unserer Sicht so wichtig? – Es ist ein Thema, das wir unabhängig von der Strukturkommission, Herr Minister, anpacken können und bei dem das Land in einer Poleposition ist und der Region helfen kann. Die Braunkohleplanung ist ein Sonderfall der Landesplanung. Sie ist aus der normalen Regionalplanung herausgelöst und wird jetzt in eine Situation kommen, in der sie sukzessive, wenn sie für die Verstromung ausläuft, wieder in die normale Regionalplanung zurückgeführt werden muss. Der Effekt dieser Sonderplanung ist leider auch, dass man bislang die wirtschaftlichen Effekte des wandernden Tagebaus eigentlich unzureichend betrachtet hat. Bis jetzt gab es immer Tagebaue, Anschlussbaue, die ineinander übergegangen sind: Frimmersdorf West, Frimmersdorf West-West, Garzweiler I, Garzweiler II, wie die Tagebaue auch immer hießen. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem das vielleicht nicht mehr der Fall ist und das Ende dieser Tagebaue ansteht. Der Beschäftigungseffekt dieser wandernden Gewerbegebiete ist eigentlich bei uns in der Landesplanung unzureichend berücksichtigt worden, was konkret den Wegfall dieser Flächen angeht.

Deswegen haben wir Ihnen verschiedene Vorschläge vorgelegt und gesagt: Lasst uns versuchen, das im Landesentwicklungsplan ordentlich zu verankern. Sie haben bereits selber eine Initiative in Form eines Grundsatzes formuliert. – Wir sind der Auffassung: Lasst uns das so hart wie möglich machen und auch über eine Zieldefinition nachdenken. – Denn wenn es eine landesplanerische Aufgabe gibt, die heißt, präventiven Strukturwandel zu betreiben, ist das wahrlich eine Aufgabe, die im Landesentwicklungsplan höchste Priorität verdient.

Der Wandel in der Braunkohle ist anders als in der Steinkohle. Darüber haben wir schon heute Mittag diskutiert. Wir wissen alle, bei der Steinkohle waren am Schluss

häufig Industriebrachen und deren Reaktivierungen ein Thema. Das ist in der Braunkohle anders. Hier gibt es bestimmte Flächen, die am Schluss einfach wegfallen. Ich will an die Tagebauseen Hambach, Garzweiler oder Inden erinnern, die zusammen 7.600 ha ausmachen. Das sind Flächen, die vielleicht irgendwann einmal am Ende des Jahrhunderts touristisch genutzt werden können, aber der Region erst einmal für eine höherwertige Flächennutzung nicht zur Verfügung stehen.

Der zweite Effekt, der häufig nicht beachtet wird: Die Umsiedlungen haben ebenfalls zu einer Flächenreduktion geführt. Es ist quasi eine Flurbereinigung im großen Stil durchgeführt worden, weil die Leute die Orte nicht eins zu eins wieder aufgebaut, sondern sie an bestehende Siedlungskörper angeflanscht haben. Ich selber wohne in einem solchen Umsiedlungsort. Mir haben viele Planer vor Ort bestätigt, dass bei diesen Umsiedlungsvorgängen am Schluss etwa 30 % der Fläche aufgegeben werden, wie zum Beispiel Nutzgärten bei Privatleuten, Lagerhaltung im gewerblichen Bereich etc.

Wenn wir jetzt vorangehen wollen, ist es wichtig, der Region den Ausgleich zurückzugeben. Deswegen haben wir Ihnen verschiedene Punkte vorgelegt: Den Sonderstatus des Rheinischen Reviers habe ich erwähnt. Die Konversion der Kraftwerkstandorte, zu der auch die Grünen heute Mittag schon gesprochen haben, ist für uns ein wichtiger Punkt. Wir glauben, dass die bestehenden LEP-Flächen eingebracht werden sollen. Wichtig ist auch die Unterstützung von Planungsverbänden. Der letzte Punkt, den ich deutlich unterstreichen will, ist, die Kommunen vor Ort massiv darin zu stärken, mitzuplanen und mitzudiskutieren. Im Augenblick findet all dies unter der Regie des Bergrechts statt. Die Bürgermeister vor Ort klagen bei uns eher darüber, dass sie dort zu wenig Einfluss haben. Ich will zum Beispiel Bürgermeister Heller aus Elsdorf erwähnen, der das sehr deutlich gemacht hat. Wir brauchen mehr Mitsprachemöglichkeiten, und man muss sich Gedanken darüber machen, wie wir diese Flächen vielleicht früher aus dem Bergrecht entlassen können. Wir freuen uns auf die Diskussion über diese Punkte im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU erteile ich unserem Abgeordnetenkollegen Rehbaum das Wort.

* * *